

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	11
Einführung	15
Erster Teil: Begriff und Wesen der Basisunternehmen	17
Der Begriff der Basisunternehmen	17
Der beherrschende ausländische Kapitalgeber	17
Der Ort der geschäftlichen Interessen	18
Die Wahl des Basislandes	19
Die Wahl der Rechtsform	19
Die eigene Steuerrechtsfähigkeit der Basisunternehmen	20
Die Ausgliederung betrieblicher Funktionen	21
Die Unterschiede zu anderen Gestaltungsformen	22
Die Definition des Begriffs »Basisunternehmen«	23
Die Zwischengesellschaft im Außensteuergesetz	23
Das Wesen der Basisunternehmen	24
Das Wesen der Basisunternehmen in betriebswirtschaftlicher Sicht	24
Die Verwirklichung der Standortspaltung	25
Die Bedeutung der staatlichorientierten Standortfaktoren für international tätige Unternehmen	26
Die Flexibilität der Basisunternehmen	31
Die Basisunternehmen als Organisationsform der Auslandsinteressen	32
Die Abspaltung des Auslandsgeschäfts	34
Das Wesen der Basisunternehmen in steuerlicher Sicht	36
Anmerkungen	39
Zweiter Teil: Die Tätigkeitsgebiete und die Einsatzweisen der Basisunternehmen	45
Die Zentralisation der Finanzierungsfunktion	47
Die Investitions- und Vermögensverwaltungsfunktion	48
Der Erwerb und die Verwaltung von Betriebstätten und Mitunternehmenschaften	49
Begriff und Besteuerung der Betriebstätten und der Mitunternehmenschaften	49
Die Einsatzweise der Basisunternehmen	50
Der Erwerb und die Verwaltung von Wertpapieren und Beteiligung	51
Begriff und Aufgaben der Holdingunternehmen	51
Die Einsatzweise der Basisunternehmen mit Holdingfunktion	52
Die Organisation und die Kontrolle der Tochtergesellschaften durch Holdingunternehmen	53
Der Erwerb von Anteilen an Stelle von Neugründungen	53
Der Erwerb und die Verwaltung von abnutzbarem Anlagevermögen	54
Begriff und Aufgaben der Anlagenwirtschaft	54
Die Einsatzweise der Basisunternehmen in der Anlagenwirtschaft	55
Die Vor- und Nachteile des Leasing	56
Die Schaffung, der Erwerb und die Verwaltung immaterieller Wirtschaftsgüter	57
Begriff und Aufgaben der Patentholdingunternehmen	57
Die Einsatzweise der Basisunternehmen mit Patentholdingfunktion	58
Die Zentralisation der Patentholdingfunktion	59

6 Inhalt

Die Einkaufsfunktion der Basisunternehmen	59
Begriff und Aufgaben des Einkaufs	59
Die Einsatzweise der Basisunternehmen mit Einkaufsfunktion	60
Die Vor- und Nachteile der Zentralisation der Einkaufsfunktion	60
Die Sicherung der Belieferung und die Senkung der Einkaufskosten	61
Die Produktionsfunktion der Basisunternehmen	62
Die Ausgliederung der Produktionsfunktion aus produktionstechnischen Gründen	63
Die Ausgliederung der Produktionsfunktion trotz fehlender produktionstechnischer Argumente	63
Zentralisation und Dezentralisation der Produktion	64
Die Absatzfunktion der Basisunternehmen	65
Die Verbesserung der Rentabilität	66
Die Dienstleistungsfunktion der Basisunternehmen	66
Begriff und Arten der Dienstleistungen	66
Die Einsatzweise der Basisunternehmen mit Dienstleistungsfunktion	67
Anmerkungen	69

Dritter Teil: Die steuerrechtliche Anerkennung ausländischer Basisunternehmen

Die Maßgeblichkeit des Zivilrechts für die Körperschaftsteuerrechtsfähigkeit ausländischer Basisunternehmen	73
Der Einfluß der Organverhältnisse auf die Körperschaftsteuerrechtsfähigkeit	75
Der Einfluß der Doppelbesteuerungsabkommen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerrechtsfähigkeit	76
Die Nichtanerkennung ausländischer Scheinbasisunternehmen	76
Der Begriff der Scheingestaltung	76
Die Übereinstimmung von rechtlicher und tatsächlicher Gestaltung	77
Die juristische Ausgliederung wirtschaftlicher Funktionen	78
Die tatsächliche Ausübung der ausgegliederten betrieblichen Funktionen durch das Basisunternehmen	79
Das Briefkastenunternehmen als Scheingestaltung	80
Die Maßgeblichkeit der steuerlichen Behandlung im Basisland	82
Die Nichtanerkennung rechtsmißbräuchlicher Basisunternehmen	83
Der Tatbestand des Gestaltungsmissbrauchs	83
Die historische Entwicklung des § 6 StAnpG	83
Die Definition des Rechtsmissbrauchs im Schrifttum und in der Rechtsprechung	84
Die Verfassungsmäßigkeit des § 6 StAnpG	85
Die Entscheidungskriterien für rechtsmißbräuchliche Basisunternehmen	86
Die Ausgliederung wirtschaftlicher Funktionen	86
Die Neutralisierung von Wettbewerbsanteilen	91
Die Maßgeblichkeit inländischer Gestaltungsformen	91
Die Veränderung wirtschaftlicher Beziehungen	93
Das Vorliegen außersteuerlicher Gründe für die gewählte Gestaltung	95
Das Fehlen außersteuerlicher Gründe für die gewählte Gestaltung	99
Die Konkretisierung der Gesetzesumgehung	100
Der Grundsatz der Maßgeblichkeit des Zivilrechts für das Steuerrecht	100
Die Umgehung von Gesetzen	101
Der Sinn und Zweck des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes bei Auslandsbeziehungen	102
Der Sinn und Zweck des Außensteuerreformgesetzes	104

Steuereinsparung und Steuerumgehung durch steuerlich motivierte Basisunternehmen	106
Die Umgehung der Steuer	106
Der Rechtsmißbrauch bei typischen Basisunternehmen	106
Der Rechtsmißbrauch bei atypischen Basisunternehmen	110
Der Rechtsmißbrauch bei Basisunternehmen mit typischem und atypischem Charakter	114
Ergebnis	115
Die Nichtanerkennung ausländischer Basisunternehmen auf Grund der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	115
Der Inhalt der wirtschaftlichen Betrachtungsweise bei der steuerlichen Beurteilung von Basisunternehmen	116
Die Maßgeblichkeit der zivilen Rechtsform	117
Die Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen	118
Das Fehlen außersteuerlicher Gründe	119
Die Rechtsfolgen der steuerlichen Nichtanerkennung von Basisunternehmen	120
Der Einfluß steuerlich nicht anerkannter Basisunternehmen auf die inländischen Besteuerungsgrundlagen	120
Die Anrechnung der durch steuerlich nicht anerkannte Basisunternehmen gezahlten Steuern	121
Die Anrechnung der durch ausländische Scheinbasisunternehmen gezahlten Steuern	121
Die Anrechnung der durch rechtsmißbräuchliche Basisunternehmen gezahlten Steuern	123
Die Geltendmachung ausländischer Steuern als Betriebsausgaben	124
Die Anwendung bestehender Doppelbesteuerungsabkommen durch steuerlich unbeachtliche Basisunternehmen	125
Anmerkungen	126

Vierter Teil: Die Behandlung ausländischer Basisunternehmen nach dem Außensteuerreformgesetz

Die Schwerpunkte des Außensteuerreformgesetzes	138
Das Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen	139
Das Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen	144
Die Grundzüge der Hinzurechnungsbesteuerung und ihre Ausnahmen	144
Die rechtliche Einordnung der Hinzurechnungsbesteuerung	144
Die Beschränkung der Hinzurechnungsbesteuerung auf ausländische Körperschaftsteuersubjekte	145
Die Hinzurechnungsbesteuerung bei Doppelbesteuerungsabkommen	147
Die Hinzurechnungsbesteuerung im Überblick	148
Die Voraussetzungen für die Hinzurechnungsbesteuerung	149
Die Steuerpflicht der inländischen Gesellschafter	149
Die Beteiligung an einer ausländischen Gesellschaft	149
Die Beherrschung der ausländischen Gesellschaft durch Inländer	150
Die unmittelbare Inländerbeherrschung	150
Die mittelbare Inländerbeherrschung	154
Die Inländerbeherrschung über Personenunternehmen	157
Die niedrige Besteuerung im Basisland	160
Die Belastung durch Ertragsteuern	160
Die Berechnung des maßgeblichen Steuersatzes	160
Die zurechnungspflichtigen Basis Einkünfte	163
Der Negativkatalog des § 8 AStG	164
Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	165
Die Einkünfte aus Produktion	165

8 Inhalt

Die Einkünfte aus dem Betrieb von Kreditinstituten oder Versicherungsunternehmen	166
Die Einkünfte aus Handelstätigkeit	169
Die Einkünfte aus Dienstleistungen	171
Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	173
Die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen	175
Die Holdingeinkünfte	177
Die passiven Folgeeinkünfte aus aktiven Tätigkeiten	182
Die Freigrenze bei gemischten Einkünften	182
Die relative Freigrenze	182
Die absolute Freigrenze	183
Die Ermittlung des Hinzurechnungsbetrags	184
Die Grundzüge der Ermittlung des Hinzurechnungsbetrags	184
Die Ermittlung der Einkünfte nach deutschem Recht	184
Die Kürzung der Zwischeneinkünfte um ausländische Steuern	188
Die Ermittlung der hinzuzurechnenden anteiligen Einkünfte	190
Die Kürzungen bei Ermittlung des Hinzurechnungsbetrags	191
Die Berücksichtigung von Gewinnausschüttungen der ausländischen Gesellschaft	191
Die Besteuerung von Schachteldividenden der ausländischen Obergesellschaft	194
Die Hinzurechnung passiver Einkünfte nachgeschalteter Zwischengesellschaften	201
Das Ziel der Vorschrift	201
Die Mehrheitsbeteiligung an der ausländischen Untergesellschaft	202
Die Hinzurechnung passiver Einkünfte der ausländischen Untergesellschaft bei der ausländischen Obergesellschaft	203
Die Kürzungen des Hinzurechnungsbetrags	204
Die Einschaltung von Basisenkelunternehmen	207
Die Besteuerung des Hinzurechnungsbetrags	208
Die Bestimmung der Einkunftsart	208
Der Zeitpunkt der Hinzurechnung	209
Die Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei der Durchgriffsbesteuerung – eine Zusammenfassung	209
Die Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen vor Inkrafttreten des Außensteuerreformgesetzes	210
Das internationale Schachtelprivileg	210
Die unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	213
Die indirekte Steueranrechnung bei der Körperschaftsteuer	215
Die Kritik an der alten Rechtslage als Ausgangspunkt für die neue Regelung	215
Die Voraussetzungen für die indirekte Steueranrechnung	216
Das Verfahren der indirekten Steueranrechnung	218
Die indirekte Steueranrechnung bei Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern	219
Die indirekte Steueranrechnung bei Holdinggesellschaften	220
Die Nachweispflichten der Muttergesellschaft	222
Die Übergangsregelung für die Auflösung von Zwischengesellschaften	223
Die steuerlichen Folgen bei Liquidation der ausländischen Gesellschaft	223
Die steuerlichen Erleichterungen bei Liquidation der ausländischen Gesellschaft	223
Die Fortführung der Buchwerte	224
Die Realisierung des Liquidationsgewinns	226

Die steuerliche Behandlung von Kapitalherabsetzungen	226
Der Durchgriff bei Stiftungen, Zweckvermögen und Personenvereinigungen	227
Die Rechtslage vor Ergehen des Außensteuerreformgesetzes	227
Die Rechtslage nach Ergehen des Außensteuerreformgesetzes	228
Die Unterschiede zur früheren Regelung	228
Die Voraussetzungen für die Hinzurechnungsbesteuerung bei Stiftungen	228
Der Kreis der steuerpflichtigen Personen	229
Die Besteuerung der Einkünfte	229
Die Abweichungen zur Hinzurechnungsbesteuerung	230
Die Kontrollmöglichkeiten der inländischen Finanzverwaltung bei internationalen Geschäftsbeziehungen	230
Die Rechtslage vor Ergehen des Außensteuerreformgesetzes	230
Die Ermittlungsbefugnisse der inländischen Finanzverwaltung	230
Der Umfang der Aufklärungspflichten des inländischen Steuerpflichtigen	231
Die Folgen unterlassener Auskunftserteilung	232
Die Rechtslage nach Ergehen des Außensteuerreformgesetzes	233
Die Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen bei Geschäftsbeziehungen zu Niedrigsteuerländern	233
Die Sachverhaltsaufklärung bei Auslandsbeziehungen	234
Die Meldepflichten internationaler Unternehmensverbände	236
Die verfahrensmäßige Feststellung der Besteuerungsgrundlagen	237
Die einheitliche und gesonderte Feststellung der Besteuerungsgrundlagen	237
Die Feststellungen des Veranlagungsfinanzamts	237
Die örtliche Zuständigkeit der Finanzämter im Feststellungsverfahren	238
Die erstmalige Anwendung der Hinzurechnungsbesteuerung	238
Anmerkungen	239

Fünfter Teil: Die steuerliche Beurteilung der geschäftlichen

Transaktionen ausländischer Basisunternehmen 248

Die steuerliche Behandlung unangemessener Verrechnungspreise	250
Die unangemessene Gegenleistung als Betriebsausgabe	250
Die unangemessene Gegenleistung als verdeckte Gewinnausschüttung	250
Die unangemessene Gegenleistung als verdeckte Kapitaleinlage	252
Die Umdeutung unangemessener Gegenleistungen in Tauschgeschäften	253
Die Korrektur unangemessener Gegenleistungen auf Grund anzuwendender Doppelbesteuerungsabkommen	254
Die unangemessene Gegenleistung als Scheingeschäft	255
Die unangemessene Gegenleistung als Steuerumgehung	255
Die Berichtigung von Einkünften nach § 1 AStG	257
Die Ermittlung der Verrechnungspreise	259
Der Marktpreis als Kontrolle der Verrechnungspreise	259
Das Entgelt unabhängiger Kunden als Kontrolle der Verrechnungspreise	260
Die Selbstkosten einschließlich Gewinnzuschlags als Kontrolle der Verrechnungspreise	261
Die Entgelte fremder Vergleichsbetriebe	261
Die Schätzung der Verrechnungspreise	261
Die Treuhandgeschäfte	262

10 Inhalt

Der Eigenbesitz	264
Anmerkungen	266

Sechster Teil : Die steuerlichen Vor- und Nachteile der Basis- unternehmen 271

Die Bedeutung der Basisunternehmen für Einkommensverlagerungen	273
Der versteckte Einsatz von Einkommen und Vermögen im Basisland	274
Der Ausländereffekt des gespaltenen deutschen Körperschaft- steuersatzes	274
Der Akkumulationseffekt	276
Der Steueraufschub durch Thesaurierung der Gewinne	276
Die Finanzierung durch Gewährung von Darlehen	277
Die Thesaurierung von Gewinnen als Steuerumgehung	277
Die Ausschüttung thesaurierter Gewinne	278
Die steuerliche Behandlung von Gewinnen aus der Veräußerung von Basisanteilen	279
Die indirekte Ausnutzung der Doppelbesteuerungsabkommen des Basislandes	279
Die Bedeutung der Basisunternehmen für das internationale Schach- telprivileg	281
Die internationale Organschaft	281
Die Ablehnung der Organtheorie im internationalen Steuerrecht	281
Die Anerkennung der Organschaft bei inländischen Unternehmen	282
Die Bedeutung der internationalen Organschaft für ausländische Basisunternehmen	283
Die steuerlichen Nachteile der Basisunternehmen	283
Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht ausländischer Basis- unternehmen	283
Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht infolge tatsächlicher Geschäftsleitung im Inland	284
Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht infolge fiktiver Ge- schäftsleitung im Inland	288
Die beschränkte Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht aus- ländischer Basisunternehmen	289
Die nachteilhaften Folgen bei der Ermittlung der Einkünfte	290
Die Anwendung inländischer Steuervergünstigungen auf auslän- dische Sachverhalte	290
Der wirtschaftliche Zusammenhang inländischer Betriebsausgaben mit ausländischen Erträgen	291
Der Wegfall der Teilwertabschreibungen	291
Die unterschiedliche Beurteilung von Sachverhalten durch die be- teiligten Länder	292
Die Überführung inländischer Betriebe oder Teilbetriebe in aus- ländische Basisunternehmen	292
Die Bedeutung der Basisunternehmen für die unilateralen Doppel- besteuerungsmaßnahmen	293
Anmerkungen	294

Schlußbetrachtung	299
Literatur	300
Urteilsregister	323
Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen	328
Register	330